

DIE LINKE.

Kreisverband Erzgebirge

DIE LINKE.

Kreisverband Zwickau

Sozialistisches Infoblatt

November 2023 / Ausgabe 188



Nun ist es schon das zweite Mal innerhalb weniger Monate, dass ich über Veränderungen bei der Kreiszeitung schreibe. Als ich vor vier Jahren die AG Medien, leider etwas holprig, übernahm und mich langsam mit den Themenfeldern vertraut machte, waren die Veränderungen bzgl. unserer Partei nicht abzusehen. Heute bin ich dabei die AG Medien in andere Hände zu übergeben.

Eines dieser Themenfelder ist die Kreiszeitung. Für mich stellt sie, spätestens nachdem unsere Landeszeitung eingestellt wurde, einen wertvollen Bestandteil unserer Struktur dar. Sie ist ein selten gewordener kleiner Juwel.

Schon vor Jahren hatte Diddi, als erst vor kurzem verstorbener Chefredakteur, die Idee einer gemeinsamen Kreiszeitung mit dem Vogtland und Zwickau verfolgt. In beiden Kreisen gab es schon einmal eine gemeinsame Kreiszeitung, die eingestellt wurde. Leider kam das Projekt der gemeinsamen Zeitung mit dem Erzgebirge aus verschiedenen Gründen nie zum Tragen. Doch die Idee keimte in der Redaktion weiter, denn die Vorteile wären immens. In erster Linie würden wir damit eine solidarische Informationsplattform für mehr Genossinnen und Genossen zur Verfügung stellen. Die Artikel könnten zukünftig mehr und umfangreicher werden. Der Einzelne kann einen Blick in den nächsten Kreis werfen. Das passt in eine Zeit, in der die Entfernungen einerseits gefühlt immer kürzer werden und andererseits wir auch als Linke in größeren Gebieten immer mehr zusammenrutschen müssen. Der schwindenden Auflagenzahl bei gedruckten Zeitungen könnten wir entgegenwirken.

Und nicht zuletzt verteilt sich die Arbeit auf mehrere Schultern.

Umso besser passt der Vorstoß, eine gemeinsame Zeitung vom Kreis Erzgebirge und Zwickau genau in der Phase des Aufbruchs unserer Partei anzupacken. Mit Absprache beider Kreisvorstände werden wir eine gemeinsame Zeitung mit Beginn dieser Ausgabe entwickeln. Ein behutsames Wachsen in die parteiinternen Arbeitsabläufe im Kreisverband Zwickau ist für eine nachhaltige Struktur wichtig. Es wird sich am Erscheinungsbild, bis auf einige Details und zusätzlichen Berichten, wenig ändern. Ich bin mir sicher, wenn die kreativen Köpfe unserer beiden Kreise zusammenarbeiten, wird ein Nutzeffekt für alle Genossinnen und Genossen über die Kreiszeitung hinaus entstehen.

Vor uns liegt eine arbeitsreiche Zeit. Aber auch eine Zeit der Chancen und Möglichkeiten. Endlich wurde uns ein großer Stein von unseren Herzen genommen. Diese paralyisierende Hängepartie der letzten Monate ist vorbei, auch wenn ich die Umstände und Begleiterscheinungen nicht gut heißen kann, ist ein Ruck durch unsere Partei gegangen, welcher durch die vielen Neueintritte in ganz Deutschland sichtbar wird. Natürlich müssen wir erst sehen, wie sich das auf unsere Flächenkreise auswirken wird - dennoch bin ich recht zuversichtlich gestimmt.

Frank Dittrich
Kreisvorsitzender
DIE LINKE. Zwickau



Wohnkosten dürfen niemanden überfordern

Alle Menschen sollen ein Dach über dem Kopf haben – und zwar eines, unter dem genug Platz ist und das bezahlbar ist, selbst für kinderreiche Familien. Niemand soll auf der Straße landen, weil Wohnraum unerschwinglich ist. Eine solche Welt ist möglich. Sie muss allerdings erkämpft werden.

Wohnen ist heute immer noch eine zentrale soziale Frage. Immer mehr Menschen werden von den Wohnkosten finanziell überfordert, gerade in Großstädten mittlerweile auch in Dresden und in Leipzig, sowie an teils horrenden Nebenkosten, die sowohl viele Miethaushalte als auch zahlreiche Menschen mit selbstgenutztem Wohneigentum treffen. Der Bundestag hat zwar das „Gebäudeenergiegesetz“ beschlossen, doch Klarheit herrscht keineswegs. SPD, Grüne und FDP treiben die Mehrheit in ein Dilemma: Wird eine alte oder defekte Öl- oder Gasheizung abgeschafft, müssen Miethaushalte mit saftigen Erhöhungen rechnen und für Eigenheime entstehen fünfstellige Kosten. Ohne Heizungstausch werden die Energiekosten aber bald unbezahlbar. Auch wir als Linksfraktion wollen handeln, aber sozial. Der Umbau der Wärmeversorgung darf niemanden überfordern! Preiswerte Energie kommt in naher Zukunft nur noch aus erneuerbaren Quellen. Der Staat muss dabei helfen, sie stärker zu nutzen – das gilt für Miethaushalte wie für Menschen mit selbstgenutztem Wohneigentum. Wir sollten das sachlich angehen und nicht auf diejenigen hereinfallen, deren politisches Geschäft die Angst ist. Zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger wäre ein Milliarden-Sondervermögen angemessen. Bei der Aufrüstung war das kein Problem! Mieterinnen und Mieter sollen nach energetischer Sanierung nicht draufzahlen müssen, die Modernisierungumlage gehört abgeschafft. Wir wollen gezielte Förderungen für Eigenheime sowie für gemeinwohlorientierte Vermieter, für Konzerne sollen strikte Bedingungen gelten.

Auch wegen der Energiepreis-Entwicklung ist die Lage des Wohnungsbaus insgesamt dramatisch, der soziale Wohnungsbau droht zum Erliegen zu kommen. Höhere Bau- und Materialpreise, Zinsniveausprünge und neue Anforderungen an energetische Standards treiben die Kosten in die Höhe. Bund und Land müssen Förderprogramme zur Verfügung stellen, die sozial gerecht sind. Das bedeutet, dass öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen sowie Vermieterinnen und Vermieter mit kleinem Bestand in den Mittelpunkt gehören. Ziel muss es sein, aus der Krise herauszukommen, Ertüchtigungen in Bestand sowie Neubau zu ermöglichen. Befragungsdaten zeigen: Die Menschen in Sachsen wünschen sich mehr staatliche Eingriffe in der Wohnungspolitik, vor allem die Regulierung der Mieten und eine bessere Wohnungsbauförderung. Der Markt regelt es nicht. Die Staatsregierung muss aktiv Wohnungspolitik betreiben! Auch in Sachsen wächst der Bestand an Sozialwohnungen schleppend: 2022 wurden in Dresden und Leipzig insgesamt nur 557 Sozialwohnungen fertig gestellt. Erst seit 2017 entstanden in Sachsen überhaupt wieder Sozialwohnungen, nachdem der Bestand vorher massiv abgeschmolzen war. Von 134.000 Wohnungen im Jahr 2006 waren nur noch 11.582 übrig. Besonders massiv fiel der Rückgang in Leipzig aus: Von 22.543 Sozialwohnungen im Jahr 2012 blieben 2017 nur 264. Bis heute ist der Bedarf trotz zaghaften Neubaus um ein Vielfaches größer als der Bestand, zumal der Freistaat jahrelang Bundesmittel, die für Sozialwohnungsbau vorgesehen waren, zweckentfremdet hat. Wir fordern ein öffentliches Wohnungsbauprogramm, das in erster Linie öffentliche und gemeinwohlorientierte Anbieter in die Lage versetzt, dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Wir fordern die Verdoppelung der Mittel für sozialen Wohnungsbau in Sachsen auf 250 Millionen Euro pro Jahr. Wir fordern zudem zinsverbilligte Darlehen sowie Zuschüsse für Anbieter, die nicht profitorientiert sind – etwa für Genossenschaften. Hamburg etwa fördert den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, sofern deren Mieterinnen und Mieter eine Genossenschaft gründen und Mietpreisbindungen sowie Belegungsrechte gewähren. Sozialwohnungen müssen dauerhaft Sozialwohnungen bleiben, nicht mehr nur für maximal 20 Jahre. Wir dürfen das Feld nicht Wohnungskonzerne und schon gar nicht Finanzmarktakteure überlassen. Es ist höchste Zeit für ein starkes gemeinwohlorientiertes Wohnungssegment in Sachsen, das wie in Wien verbreitet günstiges Wohnen ermöglicht. Dafür haben wir mehrfach parlamentarische Initiativen im Sächsischen Landtag auf die Tagesordnung gesetzt, denn wohnen ist eine der sozialen Fragen der nächsten Jahre.



Rico Gebhardt
Vorsitzender der LINKEN im
Sächsischen Landtag

Aus dem Bundestag

Mogelpackung der Ampelregierung - Arbeitsverbote für Geflüchtete komplett abschaffen!

„Der heutige Kabinettsbeschluss, der kleine Verbesserungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete vorsieht, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber unzureichend. Ich warte auf die Abschaffung aller Arbeitsverbote, wie sie im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbart wurde.“

Das wäre ein klares und fortschrittliches Signal in der aktuellen Asyldebatte, die zu einem Überbietungswettbewerb der Gewissenlosigkeit verkommen ist“, erklärt die rechts- und fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Büniger. Büniger weiter:

„Die geplanten Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang stellen keinen Paradigmenwechsel dar, sie korrigieren nur leicht die bestehenden komplizierten Regelungen. Weiterhin werden ganze Gruppen einem pauschalen Arbeitsverbot unterliegen, etwa Geflüchtete aus so genannten sicheren Herkunftsstaaten oder Menschen, denen unterstellt wird, dass sie an einer Identitätsklärung nicht mitwirken. Wer ein Jobangebot hat, soll arbeiten dürfen, um von staatlichen Hilfsleistungen unabhängig leben zu können - so einfach ist das. Der Zugang zu Arbeit muss zudem unterstützt werden: Mit Sprachkursen und einer unkomplizierten Anerkennung von Bildungsabschlüssen und vorhandenen beruflichen Qualifikationen. Während die im Koalitionsvertrag vereinbarte Abschaffung aller Arbeitsverbote für Geflüchtete ausbleibt, werden zugleich umfangreiche Verschärfungen im Abschiebungsrecht vereinbart, von denen sich keine einzige im Koalitionsvertrag finden lässt. Ich frage mich, wie insbesondere die Grünen diese restriktive Wende in der Asylpolitik rechtfertigen wollen. Und wieder beschließt die Ampel nicht, was eigentlich dringend erforderlich wäre: Wir brauchen ein grundlegend anderes Verteilungssystem, das Familienbindungen und berechtigte Interessen und Fähigkeiten der Schutzsuchenden ebenso berücksichtigt wie konkrete Aufnahme- und Integrationskapazitäten in den Ländern und Kommunen. Wenn Asylsuchende bei Verwandten oder Bekannten unterkommen könnten, wie es bei den Ukraine-Geflüchteten so gut geklappt hat, dann wären die staatlichen Aufnahmestrukturen sofort entlastet. So reißerisch und hetzend wie die Debatte aktuell geführt wird, wird keiner einzigen Kommune geholfen.“

Pressemitteilung von
Clara Büniger
Mitglied des Bundestags



„Presseerklärung: Abschiebengesetz: Populismus statt Humanität und

„Was euphemistisch ‚Rückführungsverbesserungsgesetz‘ genannt wird, ist eine skandalöse Verschärfung der ohnehin strengen Abschiebungsregelungen. Was Seehofer nicht geschafft hat, soll jetzt umgesetzt werden. Die neuen Vorgaben werden zu deutlich mehr Inhaftierungen, Leid und Verunsicherung auf Seiten der Geflüchteten führen. Und das, obwohl sie kaum mehr Abschiebungen bringen werden: Selbst die Bundesregierung rechnet mit nur 600 Abschiebungen mehr pro Jahr infolge der Gesetzesänderungen“, erklärt die rechts- und fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Büniger. Büniger weiter:

„Menschen, die mehr als ein Jahr lang geduldet wurden, ohne weitere Vorankündigung abzuschicken, ist völlig unverhältnismäßig und eine Schande für den Rechtsstaat. Die Menschenwürde zu schützen ist oberstes Gebot unseres Grundgesetzes, hier aber wird sie vorsätzlich mit Füßen getreten. Nicht mal 20.000 Menschen haben keine Duldung und sind überhaupt ausreisepflichtig – auf dem Rücken einer so kleinen Gruppe eine massive ‚Abschiebeoffensive‘ zu fordern, ist reiner Populismus.

Im politischen Diskurs findet derzeit ein widerwärtiger Überbietungswettbewerb statt, wer Migration am brutalsten begrenzen wird. Es ist beschämend, dass sich auch Sozialdemokrat:innen und Grüne daran beteiligen. Dabei wird nichts davon den überlasteten Kommunen helfen. Die einzigen Gewinner dieser abscheulichen Stimmungsmache: die völkisch-rassistische AfD – und das auf Kosten der Humanität und des Rechtsstaats. Ich bin erschüttert, dass die selbst ernannte Fortschrittkoalition diesen harten Kurs der Rechten gewissenlos durchzieht.“

Pressemitteilung von
Clara Büniger
Mitglied des Bundestags



„Aufgeben ist keine Option“ – Neuer Kreisvorstand gewählt

„Aufgeben ist keine Option“ war die Grundbotschaft der Gesamtmitgliederversammlung von DIE LINKE. Erzgebirge, welche am Sonnabend in „Die Burg“ in Ehrenfriedersdorf die Wahl des Kreisvorstandes durchführte. Die Mitglieder wählten Rico Gebhardt, den Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag wieder zum Kreisvorsitzenden, die Bundestagsabgeordnete Clara Büniger zur stellv. Kreisvorsitzenden.

Gebhardt dazu: „Unsere Partei stellt die Gerechtigkeitsfragen und gibt darauf Antworten im Hier und Jetzt. Wir halten jedoch daran fest, dass der Kapitalismus überwunden werden muss. Wir sind eine Partei die das Soziale mit dem Ökologischen verbindet, weil Energie-, Umwelt- und Klimafragen vor allem Fragen der sozialen Gerechtigkeit sind. Wir wollen, dass keine Waffen mehr produziert werden, denn jede Waffe findet irgendwann ihr Ziel. Wir wollen eine Republik Europa, in der nicht die Nationalstaaten das Sagen haben, sondern die Regionen.“

Clara Büniger machte Ausführungen zur Situation in der Bundestagsfraktion. Es geht jetzt darum, die von 10 Abgeordneten durch Parteiaustritt vollzogene Trennung vor allem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsfraktion DIE LINKE so sozial wie möglich zu gestalten und den Übergang zu einer Gruppe zu realisieren, um weiterhin möglichst viele parlamentarische Aktivitäten zu sichern.

Deutlich wurde auf der Mitgliederversammlung: Wir wollen mit der wahrscheinlichen „Wagenknecht-Partei“ keinen „Rosenkrieg“ anzetteln. DIE LINKE. Erzgebirge weiß, wo sie steht. Wir haben eine Agenda. Wir haben Ziele. Wir laden dazu ein, daran mitzuwirken.

Gesprochen wurde auch über die anstehenden Kommunalwahlen 2024. Der neu gewählte Vorstand hat die wichtige Aufgabe bekommen, diese vorzubereiten.

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge
V.i.S.d.P. C. Roffalski

Spenden für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 Euro pro Jahr

Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge
IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56

Sitz des Kreisvorstandes
Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema
Internet: www.dielinke-erzgebirge.de

Beiträge und Meinungen an redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen. Leser*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist: 29.11.2023

Des Weiteren wurden als Geschäftsführerin und als Kreisschatzmeister Andrea Schrotek und Frank Deckert wiedergewählt. Neuer Jugendpolitischer Sprecher ist Finn Ettelt. Neu im Vorstand sind ebenfalls Susan Pfab und Charly Roffalski. Wiedergewählt wurden Mirjam Dittrich, Annett Börner und Wilfried Greif. Der Vorstand ist trotz der komplizierten Situation, in der sich DIE LINKE befindet, jünger und weiblicher geworden.

Barbara Drechsel verzichtet nach vielen Jahren auf eine Kandidatur, sowie auch Frank Dittrich, der seit einigen Wochen Kreisvorsitzender der LINKEN im Landkreis Zwickau ist.

Pressemitteilung vom 30.10.2023



Der Name Bergbaumuseum Oelsnitz/Erzgeb. Zugferd oder Hemmschuh?

Im ehemaligen Kreistag Stollberg entschied sich 1998 die Mehrheit der Kreisräte für den Verbleib des Bergbaumuseums im Eigentum des Landkreises. Dem waren vielfältige Diskussionen und Abwägungen vorausgegangen. Für uns Linke war damals maßgebend, dass die Entscheidungsbefugnis über das Museum letztlich immer beim Kreistag und seinen Ausschüssen blieb; wir das Zepter nicht aus der Hand gaben. Natürlich waren wir uns auch der gewaltigen Verantwortung hinsichtlich Erhalt und Weiterentwicklung bewusst. Mit Bildung des Landkreises Erzgebirgskreis ging das Bergbaumuseum nahtlos in das Eigentum des neuen Landkreises über. Dieses einmalige Zeugnis für die energetische Voraussetzung der Industrialisierung des Raumes Chemnitz-Zwickau, der Entwicklung der Arbeiterklasse und der prägenden Erfolge in Wissenschaft und Technik wurde in den vergangenen Jahren grundhaft saniert und in seiner Ausgestaltung sowie seinen Angeboten erweitert.

2024 soll die Wiedereröffnung stattfinden. Nicht Wenige fiebern diesem Tag entgegen. Das eigentliche museale des Steinkohlebergbaus wird u.a. um vielfältige Freizeitangebote bis hin zur Möglichkeit privater Feiern erweitert sein. Für uns LINKE bleibt ein Punkt strittig: Brauch mit der Wiedereröffnung des Bergbaumuseums dieses einen neuen Namen, welcher den neuen Charakter deutlicher hervorhebt? Wir stehen auf dem Standpunkt, dass dies im erläuternden Text erfolgen sollte und Bergbaumuseum Oelsnitz/Erzgeb. als Oberbegriff bleiben muss.

Dr. Barbara Drechsel

Kreisrätin

Spendenscheckübergabe an die Glauchauer Tafel

Am 19. Oktober konnte unsere Ortsvorsitzende Karin Irmisch der Geschäftsführerin der Gesellschaft für Arbeits- und Sozialförderung (GAB) / Glauchauer Tafel, Cornelia Goral, und ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern einen Spendenscheck über 100,00 € überreichen. Die Spendensumme ist Teil der finanziellen Anerkennung durch die Stadtwerke Glauchau GmbH für die Beteiligung der Stadtratsfraktion der Glauchauer LINKEn am diesjährigen traditionellen Spieletag.

Die Spende kommt zum richtigen Zeitpunkt, da aktuell Wartungsarbeiten am Transporter (im Hintergrund) anstehen.

DIE LINKE Glauchau unterstützt die Tafel Glauchau seit mehreren Jahren finanziell und sachlich und wir werden diese Tradition weiterführen, denn unserer Meinung nach ist das jetzt, wo die Schere zwischen arm und reich in Deutschland immer größer wird, eines der wichtigsten Projekte der Stadt.

Menschen in finanzieller oder gar existenzieller Not beizustehen ist eines der Hauptanliegen linker Politik, was sich auch in unserer aktuellen Kampagne „Umsteuern – Holen wir uns den Reichtum zurück“ widerspiegelt.



Liebe Bildungsinteressierte, Kinder können auch in Sachsen über die vierte Klasse hinaus länger gemeinsam lernen. Seit zwei Jahren ist dies formal an Gemeinschaftsschulen oder Oberschulen+ möglich. Als Verein Länger Gemeinsam Lernen - Gemeinschaftsschule in Sachsen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, zur neuen Schulart zu informieren und Initiativen zu unterstützen. Zudem beraten wir Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler, kommunale Vertreterinnen und Vertreter bei der Errichtung ihrer Gemeinschaftsschule oder Oberschule+. So konnten wir bereits erfolgreich unseren 1. Gemeinschaftsschultag, im letzten Jahr durchführen. Der Weg ist lang, viele Aspekte noch zu beleuchten und sicher die eine oder andere Fragen zu stellen und beantworten. Aus diesem Grund richten wir am Samstag, dem einer Austauschrunde, wie längeres gemeinsames Lernen auch im ländlichen Raum ankommen kann. Führung an der Kooperationsschule Chemnitz Der Gemeinschaftsschultag wird gegen 15 Uhr enden, ein detailliertes Programm und weitere Informationen finden Sie hier: Informationen und Anmeldung Die Teilnahme ist selbstverständlich kostenfrei. 11. November 2023 um 10 Uhr, den 2. Gemeinschaftsschultag aus und laden Sie recht herzlich zu unserer Partnerin, der Kooperationsschule, nach Chemnitz ein. Nach der Eröffnung um 10 Uhr erwarten Sie diese Punkte; Podiumsdiskussion „Wie wird Gemeinschaftsschule ein Erfolg in Sachsen?“ u.a. mit Staatsminister Christian Piwarz (angefragt), Professorin Dr. Langner, einer Lehrkraft der Kooperationsschule Chemnitz und weiterer Bildungsstimmten aus der Region.

Vier Workshops zum Lernen an Gemeinschaftsschulen, der praktischen Ausgestaltung der Schulordnung, der Rolle des Schulträgers und einer Austauschrunde, wie längeres gemeinsames Lernen auch im ländlichen Raum ankommen kann.

Führung an der Kooperationsschule Chemnitz Der Gemeinschaftsschultag wird gegen 15 Uhr enden, ein detailliertes Programm und weitere Informationen finden Sie hier: Informationen und Anmeldung Die Teilnahme ist selbstverständlich kostenfrei.

Wir* wollen ein Bildungs- und Dokumentationszentrum in Zwickau

Ein Bildungs- und Dokumentationszentrum - darunter stellen sich womöglich manche ein Haus vor, in dem dargestellt wird, dass sich der NSU in Zwickau versteckte und wie hoch die Schuld der Stadt an dessen Verbrechen sei. Nein! Es geht um eine wissenschaftlich arbeitende Einrichtung, die moderne Ausstellungen zum Thema Rechtsextremismus anbietet, Fortbildungen für Fachpersonal, Führungen für Schulklassen. Die hochkarätige Kulturveranstaltungen oder auch europaweite Fachtagungen ausrichtet. Die lokale Geschichte bearbeitet, aber auf ganz Deutschland, Europa und die Welt schaut. Ein richtiges Institut könnte sich in unserer Stadt ansiedeln! Für dieses Szenario, diese Vision, stehen Zwickau gerade alle Türen offen. Denn die sächsische Landesregierung hat dies in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das Justizministerium hat den Punkt „Unterstützung eines Dokumentationszentrums zur Aufarbeitung und Dokumentation des NSU-Komplexes (SMJus-DEG)“ offiziell in ein „Gesamtkonzept Rechtsextremismus“ für Sachsen aufgenommen. Auch die Bundesregierung hat sich zur Gründung eines solchen Zentrums in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet. (...)

Wir* wollen ein Bildungs- und Dokumentationszentrum in Zwickau!

* Wir sind ein informelles Bündnis Zwickauer Bürgerinnen und Bürger, die sich mit dem Inhalt dieses offenen Briefes identifizieren können. Wir würden uns freuen, wenn Du zu den Unterzeichner*innen dieses Briefs gehörst!

Hier kannst du den Brief komplett lesen und unterschreiben:

<https://www.openpetition.de/petition/online/wir-wollen-ein-bildungs-und-dokumentationszentrum-in-zwickau>



Kommunalwahlworkshop

Sehr geehrtes Ortsverbandsteam,

Ich bin Projektkoordinatorin für Executive Education an der Hertie School und bereite derzeit für die Gemeinnützige Hertie-Stiftung einen Workshop vor, der Teil der Workshopreihe des Projekts „Beruf:Politik“ ist. Unser 5. Workshop dieser Reihe richtet sich diesmal an Personen, die in Ostdeutschland ein kommunalpolitisches Mandat anstreben oder ihr kommunalpolitisches Engagement intensivieren möchten.

Der Workshop soll ca. 15 Teilnehmende umfassen und findet vom 07.-09. Dezember 2023 in Frankfurt am Main in Räumlichkeiten der Goethe-Universität (Campus Westend) statt. Der Workshop wird außerdem mit einer Teilnahme am 2. Demokratiekongress der Hertie-Stiftung am 08. & 09.12. verbunden sein.

Die Teilnahme am Programm ist für Teilnehmende komplett kostenfrei, einschließlich An-/Abreise sowie Unterbringung.

Ein großer Outreach für den Workshop würde mehr kommunalpolitisch engagierten Personen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erreichen und ihnen die Möglichkeit geben, sich für einen Workshop zu bewerben, der sie auf ihrem Weg in die Politik unterstützen kann. Wir würden uns daher sehr freuen, wenn Sie als Ortsverband den Workshop mit Ihren Parteimitgliedern und anderen relevanten Netzwerken teilen und auf den Bewerbungsaufruf aufmerksam machen könnten.

Hätten Sie ansonsten noch Ideen für uns, wo wir weitere Werbung machen könnten?

Das ist der Link zum Workshop inkl. vorläufiges Programm und Bewerbungsbutton: <https://www.hertie-school.org/en/study/executive/beruf-politik>

Die Bewerbungsfrist endet am 08. November 2023.

Mail an den die Redaktionsmail

Susanne Schaper, Stefan Hartmann, Rico Gebhardt: Inflation gehört ausgeglichen! Solidarität mit den Streikenden im Einzelhandel

Am heutigen Freitag, den 27. Oktober 2023, hat die Gewerkschaft ver.di zu Streiks im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel aufgerufen. Es werden zehntausende Teilnehmende erwartet. Hierzu erklären die Vorsitzenden von DIE LINKE. Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann sowie der Vorsitzende der Linksfraktion, Rico Gebhardt:

„Die Streikenden genießen unsere volle Solidarität und Unterstützung. Die Streiks sind durch die Chefetagen provoziert, die es in einem Jahr Verhandlungen nicht geschafft haben, ein verbessertes Gegenangebot vorzulegen. In Zeiten von steigender Inflation sind die Forderungen der Beschäftigten berechtigt! Sie müssen wissen, wie sie ihre Miete und ihren Lebensunterhalt bezahlen sollen. Die Kassiererinnen aus Zwickau und der Lagerarbeiter aus Hoyerswerda haben keine Rücklagen und erleiden aktuell massive Reallohnverluste.

Gleichzeitig vermehren die großen Einzelhandelsketten immer neue Umsatzrekorde. Diese werden von den Beschäftigten erwirtschaftet. Der Dank dafür kann nicht Unsicherheit bei steigenden Lebenshaltungskosten sein!

Wer von Lohnabstandsgebot spricht, muss sich auch für gute Löhne einsetzen. Hier zeigt sich die Absurdität der aktuellen Debatten: Konservative und Liberale versuchen, das soziale Netz zu schwächen, um Beschäftigte mit ihren berechtigten Forderungen klein zu halten. Dabei braucht es beides: Eine Sozialsicherung, die zum Leben reicht und gute Löhne, die Arbeit sich lohnen lassen. Die Beschäftigten im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel gehen hierfür einen wichtigen Schritt. Wir unterstützen sie dabei!“

Susanne Schaper, Stefan Hartmann: Jetzt erst recht – DIE LINKE kämpft weiter geeint

Nach der heutigen Pressekonferenz zur Gründung des Vereins „BSW“ erklären die Vorsitzenden von DIE LINKE. Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann:

„Die heutige Pressekonferenz bestätigt: DIE LINKE ist und bleibt die richtige Adresse für alle, denen Gerechtigkeit und Solidarität für alle im Land lebenden Menschen, die friedliche Lösung von Konflikten, sozialer Klimaschutz und der entschlossene Kampf gegen die extreme Rechte am Herzen liegen.

Wir kämpfen weiter geeint für die Interessen der Mehrheit in diesem Land. Auf einen schmutzigen Rosenkrieg werden wir uns nicht einlassen. Wir blicken nach vorn und legen den Fokus auf unsere Arbeit auf der Straße und in den Parlamenten. Dabei können wir auf unsere sächsischen Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordneten und auf unsere Bürgermeister und Beigeordneten setzen. Das feste Fundament unserer Partei bleiben die Mitglieder in den Ortsverbänden, die uns flächendeckend in Sachsen Gesicht und Stimme geben. All jenen, die dieses Land solidarischer und gerechter machen wollen, sagen wir: Heute ist ein guter Tag, um in DIE LINKE einzutreten!

Wir bekräftigen unsere Kritik: Die Abspaltung ist rücksichtslos gegenüber den mehr als 200 Beschäftigten in der Bundestagsfraktion und deren Familien. Sie ist besonders unverantwortlich in einer gesellschaftlichen Situation, die eine starke Linke umso mehr erfordert. Wer sie aus egoistischen Motiven schwächt, wird bald feststellen, dass diese Motive keine Basis für den dauerhaften Erfolg einer Partei sind.“

Susanne Schaper und Stefan Hartmann: Sächsische LINKE nominiert Spitzen für die Landtagswahl 2024

Auf ihrem Landesparteitag in Chemnitz hat DIE LINKE. Sachsen heute ihre beiden Spitzenkandidierenden für die Landtagswahl 2024 nominiert. Der Parteitag sprach Susanne Schaper mit 91,7 % und Stefan Hartmann mit 78,3 % das Vertrauen aus.

In ihrer Rede hoben Schaper und Hartmann die Themen hervor, mit denen sie die sächsische LINKE in den Wahlkampf führen wollen:

„Es ist Zeit für soziale Gerechtigkeit! Wir stellen uns gegen jede weitere Ausdünnung des sächsischen Krankenhausnetzes. Wir kämpfen für eine sächsische Industriestrategie, die eine soziale und ökologische Zeitenwende ist. Wir wollen ein Schulsystem, das alle mitnimmt. Und es braucht endlich eine Abkehr von der Investitionsbremse hin zu einer Investitions-offensive in öffentliche Infrastruktur, etwa in den Ausbau des Schienennetzes, in gute und moderne Schulhäuser und in eine klimaverträgliche und vernünftige Energieproduktion! All das gehört zur sozialen Gerechtigkeit. Dafür kämpfen wir!“

Im Anschluss sprach Bodo Ramelow: „Der Osten braucht eine starke LINKE. Es braucht sie als positive Stimme der Ostdeutschen. Zugleich zeigen die Genossinnen und Genossen in Sachsen tagtäglich, wie wichtig eine demokratische Opposition im Landtag ist. Mit Susanne Schaper und Stefan Hartmann an der Spitze ist mir nicht bang um diese sächsische Stimme der Ostdeutschen.“

Susanne Schaper und Stefan Hartmann wurden von den 200 Delegierten des Landesparteitages in geheimer Wahl nominiert. Abgegeben wurden 157 Stimmen, Susanne Schaper erhielt 144 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Stefan Hartmann erhielt 123 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, bei 11 Enthaltungen. Die Aufstellung der Landesliste und der Beschluss des Landtagswahlprogramms finden vom 12. bis 14. April 2024 statt.

Pressemitteilung DIE LINKE Sachsen



Klar und selbstbewusst: DIE LINKE. Sachsen beendet Parteitag



DIE LINKE. Sachsen hat am heutigen Sonntagnachmittag in Chemnitz ihren dreitägigen Parteitag beendet. Im Zentrum stand die Vorbereitung der Kommunal-, Europa- und Landtagswahl 2024. Außerdem wurden ein neuer Landesvorstand sowie weitere innerparteiliche Gremien gewählt. Die Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann kommentieren das Ergebnis wie folgt: „Ein guter Parteitag liegt hinter uns, wir gehen hochmotiviert ins Wahljahr 2024. Die drei Tage lassen sich gut in vier Worten zusammenfassen: Klar, ehrlich, selbstkritisch und selbstbewusst. Die vielen Redebeiträge der Genossinnen und Genossen machten uns Mut und betonten das Gemeinsame.

In Vorbereitung der Kommunalwahlen beschloss der Parteitag ein Rahmenwahlprogramm, welches ein Novum darstellt. Es fasst die Vorstellungen der LINKEN für soziale und starke Kommunen zusammen und macht über 300 Vorschläge, die die Kreis- und Ortsverbände in ihre eigenen Wahlprogramme übernehmen können. Für die Landtagswahlen 2024 wurden Susanne Schaper und Stefan Hartmann als Spitzenkandidierende nominiert. DIE LINKE. Sachsen geht damit erstmals mit einer Doppelspitze in den Wahlkampf. Ebenso fasste der Parteitag wichtige organisatorische Beschlüsse in Vorbereitung der Landtagswahl.

Desweiteren wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, dem Susanne Schaper und Stefan Hartmann weiterhin als Landesvorsitzende vorstehen. Neue stellvertretende Vorsitzende sind Anja Eichhorn und Markus Pohle. Lars Kleba als Landesgeschäftsführer und Andrea Kubank als Landeschatzmeisterin wurden bestätigt.

Am heutigen Sonntag beschäftigte sich der Parteitag mit den kommenden Europawahlen. Zu Gast war die designierte Spitzenkandidatin zur Europawahl, Carola Rackete. Sie sprach zum Parteitag und kommentierte unter anderem die Bedeutung einer sozial-gerechten Klimapolitik:

„Klimapolitik im Sinne einer echten Klimagerechtigkeit muss ein zentrales Anliegen einer linken Partei sein. Damit noch die Chance besteht, die Klimakrise zu bekämpfen, braucht es eine konsequente und sozial-gerechte Klimapolitik. Wer soll die durchsetzen? Ursula von der Leyen? Es braucht dafür eine starke LINKE!“

Der nächste Landesparteitag findet vom 12.-14. April 2024 in Bautzen gemeinsam mit der Landesvertreter*innenversammlung zur Wahl der Landesliste für die Landtagswahl statt.

Von den Landesvorsitzenden

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wenden uns als Landesvorsitzende in schweren Zeiten für unsere Partei DIE LINKE an euch. Wir tun dies gemeinsam mit all unseren Vorgängerinnen, die diese Aufgabe seit 1990 wahrgenommen haben, also mit Klaus Bartl, Peter Porsch, Reinhard Natke, Cornelia Ernst, Rico Gebhardt und Antje Feiks - denn wir alle stehen dafür ein, diese unsere Partei, für die Tausende über Jahrzehnte ihr Herzblut gegeben haben, als gesellschaftlich starke Kraft zu bewahren.

Die Fliehkräfte im seit langem schwelenden innerparteilichen Konflikt haben sich zuletzt weiter verstärkt. Eine Abspaltung ist wohl nicht mehr zu vermeiden. Wir halten diese für politisch falsch und unverantwortlich, müssen aber der Realität ins Auge sehen: Für einige ist unsere Partei nicht mehr der Ort, an dem sie kämpfen wollen, und sie stellen leider persönliche Ansichten über eine objektive, an den Lehren der Geschichte orientierte Einschätzung der politischen Lage.

In dieser Situation bekennen wir uns. Wir bekennen uns zur über 100jährigen Geschichte unserer Partei und ihrer Vorgängerinnen, mit allen Höhen und Tiefen. Seit Jahrzehnten sind wir Teil dieser Geschichte und wir werden unsere Partei auch jetzt nicht in Zeiten größter Not im Stich lassen. **Wir bedanken uns bei allen Genoss*innen, die dies genau so wollen und der LINKEN die Treue halten.**

Wie oft in dieser über 100jährigen Geschichte haben unsere Gegner*innen versucht, uns zu vernichten? Wie oft wurde uns der baldige Tod gewünscht und prophezeit? Wir haben Stand gehalten und wir werden auch weiter Stand halten. Die Idee des Sozialismus, einer besseren, menschenwürdigen und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft, die Ideale von Aufklärung und Vernunft, von Völkerverständigung, Frieden und internationaler Solidarität können sicher bekämpft und verraten, verdammt, verleumdet und unterdrückt werden. Gänzlich aus der Welt lassen sie sich aber nicht schaffen, weil sie einer tiefen menschlichen Sehnsucht nach Gerechtigkeit entspringen.

Wenn die Erfolge, die seit dem Zusammengehen von WASG und PDS seit 2005 erarbeitet wurden, verspielt werden sollen, so geben wir als DIE LINKE. Sachsen doch alles dafür, in den anstehenden Wahlen unseren Standpunkt nicht nur in unserem Bundesland, sondern auch allgemein im Osten der Republik zu verteidigen. Im Osten hat die PDS nach 1990 einen ähnlich harten Bruch überstanden, indem sie ehrliche Maklerin der Interessen der Ostdeutschen wurde. Leider wurde diese Rolle nach 2005 vernachlässigt: zu altbacken, zu wenig „hip“, nicht zukunftssträchtig erschien DIE LINKE vielen. Zu Unrecht, wie wir meinen.

Auf sozioökonomischen Karten zur Einkommens- und Vermögenhöhe, zur Anzahl der Unternehmenssitze großer Konzerne - überall zeichnen sich die Umrisse der ehemaligen DDR auch nach über 30 Jahren noch ab. Der Osten ist von den Herausforderungen der notwendigen sozial-ökologischen Transformation im besonderen Maße betroffen. Viele Menschen hier haben Angst davor, das nach 1990 mühsam Erarbeitete wieder zu verlieren. Für diese Menschen wollen wir zuvörderst Ansprechpartnerin sein, auf Augenhöhe, in ihrer Sprache, mit Konzepten und Ideen, die sie nachvollziehen können. Diese Zeiten verlangen nach linken Antworten.

Die grundlegenden Herausforderungen, vor denen die Menschen nicht nur in Sachsen oder Deutschland, sondern auf allen Kontinenten stehen, sind von existenzieller Dimension:

Die Auswirkungen des Klimawandels sind deutlich sichtbar. Die Bewältigung des Klimawandels ist eine Menschheitsaufgabe.

Wir wollen nicht grüner sein als die Grünen, wir wollen das Soziale mit dem Ökologischen verbinden. Deswegen sind Energie-, Umwelt- und Klimafragen für uns vor allem eine Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Die Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums muss auf eine andere Grundlage gestellt werden als bisher. Das betrifft nicht nur die bestehenden Eigentumsverhältnisse, die einige wenige Menschen unglaublich reich werden lassen, sondern ebenso die Art und Weise der Produktion.

In diesem noch jungen Jahrzehnt toben weltweit nahezu zwei Dutzend Kriege und noch mehr bewaffnete Auseinandersetzungen. Millionen Menschen wurden getötet, verletzt, vergewaltigt, ihrer Heimat und ihrer Familien beraubt. Eine internationale Blockkonfrontation zwischen Wirtschafts- und Militärbündnissen droht, für die vor uns liegenden Jahre prägend zu werden.

Damit verbunden erstarken nationalistische und faschistische Bewegungen weltweit. Insbesondere auch in Deutschland und bei uns in Sachsen sind diese mit Lügen, Halbwahrheiten und menschenfeindlichem Gedankengut aktiv und verbreiten sich acht Jahrzehnte nach dem Untergang der Nazidiktatur.

Die Partei DIE LINKE kämpft um eine friedliche Welt.

Wir kämpfen gegen das Wiedererstarken des Nationalismus in all seinen Spielarten - ob im konservativen Gewand oder als menschenverachtendes Denken und Handeln faschistischer Bewegungen. „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ sind die für uns unverzichtbaren und handlungsleitenden Maximen.

Wir kämpfen für einen gerechten Übergang von einer profitorientierten, Ressourcen und Energie verschleudernden Art und Weise des Wirtschaftens zu einer gerechten Wirtschaftsordnung. Im Mittelpunkt linker Politik stehen die arbeitenden, durch den real existierenden Kapitalismus ausgebeuteten und diskriminierten Klassen. Unsere Arbeit im Hier und Jetzt orientiert sich auf ein Leben in Menschenwürde für alle.

Die reale Gleichberechtigung der Frauen steht ebenso auf unserer Agenda wie die Sicherung von Mieten, die das Recht auf Wohnen nicht gefährden. Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Kunst und Kultur sind für uns unverzichtbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens.

Aus all diesen Gründen verstehen wir uns als parlamentarisch und außerparlamentarisch wirkende Opposition im wechselseitigen Zusammenwirken. Unser Streben danach, unsere Ziele in den Kommunen, im Land und im Bund durchzusetzen, bedarf auch in Regierung und Verwaltung der Unterstützung durch gesellschaftliche Kräfte, die nicht in Parlamenten oder Parteien organisiert sind.

Liebe Genoss*innen!

Wir sehen nicht zum ersten Mal in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten unsere Partei in großer Not. Unser Ende wurde uns genauso oft vorhergesagt, wie wir es durch unsere Arbeit, unser Zusammenstehen und unsere Solidarität verhindert haben. Der „sächsische Weg“ unserer LINKEN, der darauf setzt, das gemeinsame Tun der Genoss*innen auf allen Ebenen in den Vordergrund zu stellen, ist für den Erhalt unserer Partei als gesellschaftlich relevante Kraft das Notwendige. Wir halten es für verantwortungslos und für unglaubwürdig, wenn aus unseren Reihen heraus eine andere Partei gegründet werden soll. Wir haben in den letzten 33 Jahren als Landesvorsitzende mit aller Kraft dafür gearbeitet, das Ziel einer sozialistischen Alternative auf deutschem Boden zu erhalten. Wir haben in verschiedenen Zeiten unterschiedliche, nie konfliktfreie Phasen als Landespartei gehabt. Haben als PDS die Transformation einer Einheitspartei zu einer pluralistischen LINKEN bewältigt. Haben uns nach dem Scheitern der DDR besonnen und waren Anker für viele Menschen in und außerhalb der Partei. Wir waren und sind Heimat. Wir haben uns nie versteckt. Wir haben dies - mit all unseren Fehlern, mit unseren Differenzen und Defiziten - gekonnt, weil wir unsere Mitglieder grundsätzlich hinter uns wussten. Diese Partei lebt, weil auch heute tausende Genoss*innen ihr Herzblut dafür geben - überall in Sachsen.

Ihre Gegenwart und ihre Zukunft liegt in unsere aller Händen - in den Händen der Mitglieder. DIE LINKE wird gebraucht - für eine bessere Welt hier und überall.

**Eure Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann
gemeinsam mit den ehemaligen Landesvorsitzenden Klaus Bartl, Peter Porsch, Reinhard Natke, Cornelia Ernst, Rico Gebhardt und Antje Feiks**